

DiePresse.com | Politik | Aussenpolitik |  Artikel drucken

„Die Tibeter lassen sich nicht kaufen“

30.03.2008 | 18:09 | MIT DER CHINA-EXPERTIN SPRACH BURKHARD BISCHOF (Die Presse)

Interview: Die Sinologin Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Uni Wien) zur jetzigen Tibet-Krise und der richtigen Antwort darauf.

Die Presse: Frau Professor, hat Sie der Ausbruch der jüngsten Revolte der Tibeter in der Autonomen Region und in angrenzenden Provinzen überrascht?

Universitätsprofessorin Susanne Weigelin-Schwiedrzik: Wenn man China über viele Jahre hin beobachtet und gesehen hat, dass es immer wieder in verschiedenen Landesteilen zum Ausbruch von Konflikten kam, dann war diese Revolte nicht verwunderlich. Andererseits hat man den Eindruck bekommen, dass sich durch die Anstrengungen der Zentralregierung die Lage in Tibet in den letzten Jahren doch kontinuierlich verbessert hat. Was wir aber unterschätzt haben und was vor allem die chinesische Regierung unterschätzt, ist, dass Tibet eine völlig andere traditionelle Kultur hat als die stark ökonomistisch ausgerichtete chinesische Kultur. Die Chinesen haben geglaubt, sie können die Tibeter mit mehr wirtschaftlicher Entwicklung kaufen. Aber die Tibeter teilen ihnen gerade mit, dass sie sich nicht käuflich sind.

Immerhin hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Tibet seit 2002 verdoppelt. Sind die Mittel der Zentralregierung vielleicht nicht richtig eingesetzt worden?

Weigelin-Schwiedrzik: Man muss anerkennen, dass China in Tibet sehr viel investiert hat. Nur gibt es hier etwas, was ich als internen Kolonialismus bezeichne. Erinnern wir uns, wie China selber auf die Herausforderung der Moderne im 19. und frühen 20. Jahrhundert reagierte. Der Westen hatte bereits ein Konzept der Moderne und glaubte, dass sich auch China nach diesem Modell entwickeln müsse. Die Reaktion darauf war dann die chinesische Revolution, denn die Chinesen fühlten sich überfremdet und übervorteilt. Sie suchten nach einem eigenen Weg in die Moderne. Anscheinend haben sie diesen Weg gefunden, den sie jetzt aber den Völkern innerhalb des chinesischen Territoriums, die nicht Chinesen sind, aufoktroieren wollen. Das ist interner Kolonialismus, den wir bis jetzt vornehmlich politisch und kulturell wahrgenommen haben, der aber eine starke ökonomische Komponente hat.

Wie schaut dieser interne Kolonialismus in der Praxis aus?

Weigelin-Schwiedrzik: Das chinesische Modell der Wirtschaftsentwicklung wird einfach auf Tibet übertragen. Und die Regierung in Peking ist der Meinung, dass am ehesten Chinesen dem wirtschaftlichen Fortschritt in Tibet zum Erfolg verhelfen können, weil die ja schon im chinesischen Binnenland gelernt haben, wie man Modernisierungschancen nützt.

Han-Chinesen aber, die nach Tibet gehen, um eine Fabrik oder einen Laden oder ein Restaurant zu eröffnen, unterliegen günstigeren Steuerbedingungen als Tibeter. Und so kommen Tibeter zu dem Schluss, dass die Modernisierung, die in Tibet von China aus forciert wird, nicht nur inkompatibel mit ihrer traditionellen Kultur, sondern auch unfair ist: Sie bevorzugt Han-Chinesen, die nach Tibet ziehen, und benachteiligt Tibeter, die versuchen, an der Modernisierung teilzuhaben. Hier haben wir also gleichzeitig einen sozialen und ethnischen Konflikt.

Geht es beim sozialen Streit zwischen Tibetern und Chinesen um das Problem Arm gegen Reich?

Weigelin-Schwiedrzik: Es ist viel komplizierter. Was das Verhältnis von Han-Chinesen und Minoritäten anbetrifft, ist es besonders interessant, dass in den Autonomen Gebieten Tibet oder Xinjiang soziale Konflikte nicht ausbrechen, weil Unterschichten aufbegehren, die befürchten, auf Dauer nicht überleben zu können.

Es geht da nicht um das klassische Ringen zwischen ganz Armen und ganz Reichen. An der sozialen Frontlinie stehen sich vielmehr die Mittelschichten der Tibeter und Uiguren auf der einen Seite und der Han-Chinesen auf der anderen Seite gegenüber. Den Unruheherd bilden also Tibeter des Mittelstandes, die bemerkt haben, dass sie ihre Situation durch die Modernisierungsprozesse verbessern könnten, die dabei aber auf Konkurrenten aus einer anderen Ethnie stoßen: Han-Chinesen. Es geht also um einen Ressourcen-Konflikt zwischen Mittelständlern.

Gerade auch was Bildungschancen anbetrifft, beklagen sich Tibeter über ihre Benachteiligung.

Weigelin-Schwiedrzik: Man kann nicht behaupten, dass die Chinesen den Tibetern verbieten, Tibetisch zu lernen. Aber wenn Tibeter ihre Kinder einmal eine Universität besuchen lassen wollen – und zwar eine Uni, die nicht nur tibetische Tradition vermittelt, sondern das Wissen der modernen Welt – dann wissen sie, dass die Kinder Chinesisch lernen müssen. Tibeter können Tibetisch lernen, aber wenn sie einmal Erfolg haben wollen, dann müssen sie Chinesisch beherrschen.

Die chinesische Regierung behauptet, dass sie die Einwanderung von Han-Chinesen nach Tibet keineswegs fördert. Sagt sie einfach die Unwahrheit?

Weigelin-Schwiedrzik: Man muss genau hinhorchen, was die chinesische Seite sagt. In früheren Jahren gab es tatsächlich noch Umsiedlungskampagnen. Jetzt sagt Peking: Diese Leute gehen doch aus eigenen Stücken nach Tibet, das ist keine staatlich gelenkte Siedlungsmaßnahme. Wenn Han-Chinesen aber bereit sind, ein Risiko auf sich zu nehmen, in eine solche unwirtliche Gegend zu ziehen und dort zu investieren, dann muss der Staat einen solchen Impuls gutheißen, etwa durch steuerliche Begünstigungen fördern.

Was beim jetzigen Aufstand der Tibeter auffällt, ist, dass es offensichtlich eine Vernetzung des Protests vom Autonomen Gebiet aus in benachbarte Provinzen gibt, wo auch Tibeter leben. Das ist doch ein neues Moment in diesem Konflikt?

Weigelin-Schwiedrzik: Natürlich spielt die Tatsache eine entscheidende Rolle, dass, wer auch nur ein bisschen Geld hat, heute auch ein Handy hat. Es gibt das Internet, trotz aller möglichen Filtermaßnahmen der chinesischen Regierung. Es war wohl auch ein Fehler Pekings, am 14. März zunächst eine Nachrichtensperre zu verhängen. Damit hat sie das Feld anderen Kanälen freigegeben, Nachrichten in Umlauf zu bringen. Was freilich die chinesische Bevölkerung betrifft, so steht die überwältigende Mehrheit in der Tibet-Frage 100-prozentig hinter der Führung. Das erklärt wohl auch Pekings scharfes Auftreten.

In Europa tobt derzeit eine heftige Debatte, ob man China mit einem Boykott der Olympischen Spiele für sein Verhalten in Tibet bestrafen soll. Was meinen Sie dazu?

Weigelin-Schwiedrzik: Wir tun ja so, als ob wir den Tibetern einen Gefallen machen würden, wenn wir die Spiele in Peking boykottieren. In Wahrheit würde ein Boykott die Situation der Tibeter in der Volksrepublik nur verschlimmern, weil sie dann bestimmt als Sündenböcke dafür herhalten müssten, dass sie den Chinesen ihr großes Fest versaut haben. Ein Boykott würde vielleicht eine kurzfristige Stärkung der politischen Eliten in unseren Ländern mit sich bringen, aber für die Welt wäre das nicht gut. Warum zögern denn viele Leute bei uns, sich Boykottaufrufen anzuschließen? Weil die chinesische Wirtschaft inzwischen völlig mit der Weltökonomie verwoben ist und Probleme dort verheerende Folgen für das Weltwirtschaftsgefüge haben können.

Freilich müsste man dann über einen Boykott nachdenken, wenn der Konflikt mit den Tibetern weiter eskaliert und die chinesische Führung auch vor Massakern nicht zurückschreckt.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 31.03.2008)